

# Protokoll

15. Sitzung vom 12. September 2011  
Seite 335

---

<b>Behörde</b>	Gemeinderat
<b>Traktanden</b>	Siehe unten
<b>Sitzungsdatum/Zeit</b>	Montag, 12. September 2011 , 19.00 Uhr – 20.40 Uhr
<b>Sitzungsort</b>	Sitzungssaal Untermosen, Gulmenstr. 4
<b>Teilnehmende</b>	28 Mitglieder des Gemeinderats und der Stadtrat, Heinz Kundert, Stadtschreiber, Melanie Imfeld, Ratssekretärin (Protokoll), Simona Truttmann, Ratssekretärin-Stv. (Protokoll) und Paul Bossert, Ratsweibel
<b>Entschuldigte</b>	Marcel Bättig (Krankheit), Corina Bürgi (Krankheit), Astrid Furrer (private Gründe), Christoph Lehmann (Geschäftliche Verpflichtung), Kuno Spirig, (Geschäftliche Verpflichtung), Albert A. Stahel (Auslandaufenthalt), Beat Wiederkehr (Ferien),

---

## Traktanden

1. Mitteilungen
  - 1.1 Allgemeine Mitteilungen
  - 1.2 Vorstellung Strategiepapier Bildungs- und Forschungsstadt
2. Protokollabnahme vom 6. Juni 2011 und 20. Juni 2011
3. Weisung 10 vom 18. April 2011 betreffend Eingliederung der Freizeitanlage (FZA) Untermosen in die Stadt
4. Interpellation von Jonas Erni, SP, vom 27. Januar 2011, überwiesen am 28. März 2011 betreffend der Erschliessung der Hochschule Wädenswil (ZHAW) mit dem öffentlichen Verkehr und der Realisierung eines zusätzlichen SOB-Bahnhofs beim Campus Reidbach (Tuwag-Areal); Beantwortung
5. Postulat von Hanspeter Andreoli und Ivo Peyer, BFPW-Gemeinderäte, vom 2. Juni 2010, überwiesen am 21. Juni 2010 betreffend Einschränkung der Anbieter im Einladungsverfahren in Bezug auf die Anzahl sowie dem kantonalen Standort; Beantwortung
6. Motion der GP-Fraktion, vom 12. Juli 2011, betreffend Abklassierung der Tiefenhofstrasse; Stellungnahme der Motionäre
7. Postulat der EVP/EDU-Fraktion, vom 12. Juli 2010, überwiesen am 6. September 2010 betreffend Pflege des kulturellen Erbes Wädenswil; Beantwortung
8. Postulat der GRPK des Gemeinderats Wädenswil, vom 15. Juni 2010, überwiesen am 12. Juli 2010 betreffend flächendeckender Einführung von NPM der Wädenswiler Verwaltung; Beantwortung

9. Postulat der SVP-Fraktion, vom 14. Januar 2007, überwiesen am 16. April 2007, aufrechterhalten am 7. September 2009 betreffend Badewasserqualität Bachgadenweiher; Beantwortung
10. ~~Motion der SP-Fraktion, vom 22. August 2011, betreffend Schutz des Wädenswiler Baumbestandes; Stellungnahme der Motionäre~~
11. Einbürgerungen:
  - BERISHA Shaqir, kosovarischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Au-Wädenswil, Stoffelstrasse 2
  - HANBERG Ole, dänischer Staatsangehöriger, mit seiner Ehefrau Monika Urszula, geb. Bartynska, polnische Staatsangehörige, und den Söhnen Emile und Matti, dänische Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Neudorfstrasse 39
  - MORAD Ahmed Abdel-Sayed Mohamed, ägyptischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wädenswil, Tannstrasse 2
  - ~~BALALIS Haralabos, griechischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wädenswil, Herrlisbergweg 14~~
  - BEHRENS Dietrich Bernard Arthur, deutscher Staatsangehöriger, wohnhaft in Wädenswil, Gerenholzstrasse 5. *Ebenfalls wird seine Tochter Palina Ava Mafalda VERGIN, geb. am 20. August 2011 (Anerkennung der Vaterschaft am 31. August 2011) miteingebürgert.*
  - EIBL Dieter mit seiner Ehefrau Regine Brigitte, geb. Schindler, deutsche Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Gulmenstrasse 5a
  - KAJTAZI Tefik, kosovarischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Au-Wädenswil, Seequetstrasse 17
  - REHO Paolo Antonio mit seiner Ehefrau Letizia, geb. Di Rosa, italienische Staatsangehörige, wohnhaft in Au-Wädenswil, Zopfstrasse 20

**Gemeinderatspräsident Tobias Mani** teilt dem Gemeinderat mit, dass die Traktandenliste durch ein freudiges Ereignis erweitert worden sei. Das Einbürgerungsgesuch von Dietrich Bernard Arthur BEHRENS sei durch seine neugeborene Tochter ergänzt worden und sie werde beim Einbürgerungsverfahren miteinbezogen.

Da Corina Bürgi heute abwesend sei, werde das Traktandum 10, Motion betreffend Schutz des Wädenswiler Baumbestandes, an der nächsten Sitzung behandelt.

Die Traktandenlisten wurde rechtzeitig in der ZSZ amtlich publiziert.

Da zwei Stimmzähler heute abwesend seien, müssen zwei Tagesstimmzähler gewählt werden. Das Büro schlage Hanspeter Andreoli und Daniel Tanner vor. Auf Anfrage hin wird der Vorschlag nicht erweitert.

## 1. Mitteilungen

### 1.1 Allgemeine Mitteilungen

**Gemeinderatspräsident Tobias Mani** informiert den Rat über das Postulat der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission vom 15. Juni 2010, überwiesen am 12. Juli 2010, betreffend abteilungsübergreifende Controlling-Prozesse. Die Frist der Beantwortung sei in der Zwischenzeit abgelaufen und der Stadtrat habe rechtzeitig um Fristerstreckung ersucht. Das Büro habe die Fristerstreckung bewilligt, allerdings etwas zähneknirschend, da es den Anschein mache, dass in den letzten zwölf Monaten nicht viel unternommen worden sei. Man frage sich, wieso erst jetzt eine Arbeitsgruppe eingesetzt werde.

#### **Fraktionserklärung:**

**Rita Hug, GP**, erklärt, dass die Fraktion der Grünen nicht schlecht gestaunt haben, als dieses Schreiben ins Haus kam. Es sei der Tätigkeitsbericht 2010 der Stiftung grow Wädenswil.

Zur Erinnerung, die Mehrheit des Gemeinderats habe mit der Weisung 1, vom 12. April 2010, einen Kredit von Fr. 240000.-- bewilligt, verteilt auf drei Jahre. Grow unterstütze Jungunternehmer durch Zurverfügungstellung von Infrastruktur sowie Vermitteln von Kontakten. Als Geschäftsführer sei ihnen Herr Van Loon ans Herz gelegt worden, der mit seinem grossen Netzwerk und seiner Berufserfahrung die richtige Person für dieses Projekt sei.

Dieser Tätigkeitsbericht sage aus, dass im ersten Jahr zwei neue Jungunternehmen dazu gekommen seien. Was sind das für Unternehmer? Was haben sie für Ziele? Leider sei das aus dem Tätigkeitsbericht nicht ersichtlich. Leider seien drei Start-Ups wieder aus grow ausgeschieden. Sie haben nur aus der jeweiligen Gründerperson bestanden und haben sich nicht wie geplant entwickelt. Nun stelle sich die Frage, ob Personen mit zu wenig Potential ausgesucht wurden oder ist gar die Nachfrage von geeigneten Personen für eine Unterstützung von grow nicht so gross wie man erwartet habe? Weiter stehe im Bericht, dass sich der Geschäftsführer, der ein Teilzeitpensum habe, sehr gut eingelebt habe. Das sei sicher schön zu hören. Fakt sei, dass grow von der Stadt Wädenswil, von der Tuwag und von der Hochschule innerhalb von drei Jahren mit Salär, Vergütungen, personeller Unterstützung und Infrastruktur von weit über einer halben Million unterstützt worden sei. Für so viel Geld erwarte man für das Jahr 2011 einen detaillierteren Tätigkeitsbericht. Als man diese Weisung vorgestellt habe, habe man die Notwendigkeit dieses Projekts hervorgehoben. Darum hoffe sie, dass diese Minusbilanz, die dieser Tätigkeitsbericht aufzeige, doch noch zu einer Erfolgsgeschichte werde.

## 1.2 Vorstellung Strategiepapier Bildungs- und Forschungsstadt

**Stadtpräsident Philipp Kutter**, sei dankbar, dass er nun das Strategiepapier Bildungs- und Forschungsstadt dem Gemeinderat vorstellen dürfe. Es sei in dem Sinne auch etwas Spezielles, da es kein Geschäft vom Gemeinderat sei. Im Strategiepapier sei das weitere Vorgehen des Stadtrats festgehalten. Aus diesem Papier entstehen konkrete Projekte und damit bestimmt auch Anträge oder Budgetkosten über die der Gemeinderat dann zu befinden habe. Sie seien der Meinung, dass der Gemeinderat nicht nur die einzelnen Budgetposten oder einzelne Weisungen anschauen soll, sondern auch die Zusammenhänge darin sehe. Er wisse es noch aus seiner Zeit als Parlamentarier, man werde gerne erst am Ende miteinbezogen.

PowerPoint-Präsentation:

Als Bildungsstadt bezeichne sich Wädenswil schon länger und der Stadtrat habe es zu einem seiner Schwerpunktthemen in dieser Legislatur gemacht, diesem Thema nachzugehen und es spürbarer und sichtbarer zu machen. Es sei ein Strategiepapier entstanden, welches alle Gemeinderäte vor sich auf dem Tisch haben. Ebenfalls sei auch die Präsentation dazu verteilt worden.

Entstanden sei das Papier zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern von den ortsansässigen Bildungsinstitutionen. Er sehe, dass er zwei davon hier im Rat begrüßen dürfe. Das sei Urs Hilber, Rektor der ZHAW und Lukas Bertschinger, Fachbereichsleiter Forschung und Entwicklung der Agroscope. Sie haben beide an dem Papier mitgewirkt.

Ein kleiner Rückblick zum Anfang. Wädenswil habe einen Strukturwandel hinter sich. Man sei vom Industrieort zum bevorzugten Wohnort geworden. Eine Spezialität sei dennoch erhalten geblieben, nämlich habe man in Wädenswil Institutionen aus Bildung und Forschung. Mit intuitivem Geschick seien viele verschiedene Institutionen heimisch geworden. Im Jahr 2005 habe es eine Stärken- und Schwächenanalyse der Stadt gegeben und dort habe man festgestellt, dass man das Thema Bildung als eine Stärke nutzen soll.

Der Stadtrat habe beschlossen, in der Legislatur 2010 – 2014 dieses Thema an die Hand zu nehmen und das Ziel daraus sei, dass Bildung, Forschung und Innovation in Wädenswil sichtbar und spürbar seien und als Stärken anerkannt und genutzt werden sollen.

Ein kurzer Überblick über die verschiedenen Bildungsinstitutionen in Wädenswil:  
ZHAW – Dep. Life Sciences und Facility Management: 1'000 Studierende, 480 Mitarbeitende Tendenz wachsend.

ACW – Agroscope Changings-Wädenswil: 160 Mitarbeitende davon 13 Lernende  
Grow – Gründerorganisation Wädenswil mit dem Fokus Life Sciences

Wädenswil sei aber auch ein Ort mit Berufsbildung:

BZW – Berufsbildungszentrum Wädenswil neu im Strickhof: 460 Lernende und 360 Personen in einer Weiterbildung im Bereich Lebensmitteltechnologie, Wein-, Obst- und Gartenbau.

WäBi – Ausbildungszentrum Hotel & Gastro formation

RAU – Regionales Ausbildungszentrum Au: Bietet ÜK-Kurse in den Bereichen Informatik, Elektronik, Mechanik, Konstruktion und Administration  
Kinderheim Bühl – Zentrum für Heilpädagogik und berufliche Eingliederung  
ZIS – Zurich International School  
Primarschule, Oberstufenschule und Musikschule.

Wenn man von einer Bildungsstadt spreche, gehöre all dies dazu. Aber was Wädenswil im Vergleich mit anderen Gemeinden so besonders mache, seien vor allem die Schulen ausserhalb der Volksschulen.

Was ist der Nutzen von Bildung und Forschung für Wädenswil?

Die ZHAW sei der grösste Arbeitgeber in Wädenswil. Dies könne man auf die eine Seite bedauern, wenn man an die vielen Fabriken denke, die in Wädenswil einst angesiedelt waren. Man kann aber davon profitieren, in dem man Innovationen der Schulen einsetzen könne. Er denke da an das Thema Feuerbrand. In diesem Bereich habe man bereits eine gute Zusammenarbeit mit der Agroscope. Infrastrukturen können zusammen genutzt werden, zurzeit wird in einer Halle der ZHAW das Volkstheater aufgeführt. Man habe ein Naherholungsgebiet das man nutzen könne und auch gemeinsame Anlässe wie zum Beispiel der Spezialitätenmarkt der ZHAW. Der sei eine grandiose Angelegenheit. Aus der Zusammenarbeit der Institutionen seien bereits mehrere Projekte entstanden, sei dies das Landschaftsentwicklungskonzept oder KOMPAZ. Der Hintergedanke soll auch sein, dass die Forschung und Bildung in Wädenswil imagebildend sein soll. Es sei zukunftsorientiert, innovativ und ein bisschen grün in unserem speziellen Fall.

Ein gutes Beispiel der Zusammenarbeit zeige ein kürzlich erschienener Zeitungsartikel unter dem Titel "Studenten schwitzen für Solarstrom". Umweltingenieure haben auf dem Dach der Tuwag Solarplatten installiert. Wenn Wädenswil mit solchen Projekten in Verbindung gebracht werde, sei das gut für die Stadt.

Der Stadtrat habe sich überlegt in welchen Bereichen man aktiv werden könne, wo es Sinn mache aktiv zu werden, um die Bildungsstadt zu stärken. Der Stadtrat habe in Zusammenarbeit mit den Vertretern der Bildungsinstitutionen folgende sechs Bereiche festgehalten:

Auftritt – Sichtbarkeit:

Viele sagen, dass man in Wädenswil nicht gross merke, dass hier eine Hochschule ansässig sei. Das wolle man verbessern und werde im Zusammenhang mit dem Umbau des Bahnhofs die Sichtbarkeit der Bildungsstadt verbessern, indem man eine Infotafel aufstellen. Ein "App" für Smartphones wie auch im Zentrum von Wädenswil Public WLAN für alle, damit Studierende sich im Internet aufhalten können. Ähnlich wie bei der Energiestadt möchten sie das Label Bildungsstadt definieren.

Zusammenarbeit der Institutionen und Kommunikation:

Es wurde eine ständige Arbeitsgruppe definiert, welche zwei bis dreimal im Jahr zusammenkomme. Ebenfalls möchte man im Internet zusammen auftreten und die Vernetzung verbessern. Ab und an bekomme die Stadt Unterstützungsanfragen und das wolle man etwas kanalisieren, damit man wisse welche Projekte man wirklich unterstützen wolle.

#### Standorte für Bildung und Forschung:

Das sei ein grosses Thema, denn viele von den Einrichtungen suchen und brauchen Platz. Sie befinden sich vielleicht an einem Ort, an dem sie nicht ewig bleiben können. Zum Beispiel das RAU im Alcatel Gebäude. Und so gäbe es noch zusätzlich zwei, drei Beispiele, wobei man sich Gedanken machen müsse, wo es Bedarf an Schulungsräume gebe und wo man sich entwickeln könne. Auch die ZHAW sei am Wachsen und benötige mehr Platz, es gebe vom Kanton eine sogenannte Gebietsplanung bei welcher sich die kantonalen Instanzen überlegen, wie und wo sich die Schulen entwickeln können. Zudem wolle die Stadt die Hochschulabgänger mit der Stiftung grow unterstützen.

Eine kleine Randbemerkung zur Fraktionserklärung von Rita Hug. Es sei das Ziel, dass die Organisation grow weiter existiere, er sei auch optimistisch, dass in einem Jahr die Zahlen anders seien. Aber wenn die Bilanz in drei Jahren so sei wie heute, dann müsse man sich Gedanken darüber machen, ob das Geld richtig eingesetzt werde.

Ein anderes wichtiges Thema sei die Erstellung eines Hotels. Verschiedene Institutionen haben Referenten, die sie versuchen unterzubringen. In Wädenswil bestehe offenbar einen Bedarf und das wolle der Stadtrat unterstützen.

Ein weiteres Thema, dass den Stadtrat besonders beschäftige, sei das Entwicklungsgebiet. In welchem Gebiet in der Stadt Wädenswil könne man Bildung und Forschung ansiedeln? Sie hätten in der Stadtentwicklungskommission verschiedene Szenarien durchgespielt. Sie seien dann zum Schluss gekommen, dass es am sinnvollsten sei, das sogenannte Bildungsquartier "Wädenswil Ost" zu fördern. Dort sei bereits heute schon viel angesiedelt – der Campus Grüental, das Schloss der Agroscope, die Tuwag und der Campus Reidbach. In diesem Gebiet solle man den Institutionen Raum lassen um sich zu entwickeln und dazu gehöre natürlich auch die Erschliessung mit dem öffentlichen Verkehr.

#### Studentisches Wohnen und Leben:

Ebenfalls ein bekanntes Thema sei das studentisches Wohnen in Wädenswil. Es gehe um die Verknüpfung mit der Stadt, dass die Studenten eine Unterstützung haben und sich nicht verloren fühlen. Hier sei noch einiges im Absprachebereich zu tun.

#### Öffentlicher Verkehr: Massnahmen:

Beim öffentlichen Verkehr und der Haltestelle Reidbach gehe es in erster Linie darum, die Absicht im Richtplan zu verankern. Da werde man in zwei Jahren mehr wissen. Sie wollen auch die Erschliessung vom Campus Grüental verbessern und es gäbe noch verschiedene kurzfristige Möglichkeiten die Anschliessung an den öffentlichen Verkehr zu koordinieren.

#### Kosten/Nutzen:

Was sei das Ganze der Stadt Wädenswil wert? Kosten tue das was man nun gehört habe bestimmt etwas. Der Stadtrat sei sich aber einig, dass dies Wädenswil auch etwas nütze. Wädenswil solle im Vergleich zu andern Gemeinden eine speziellere Ausstrahlung haben. Darum seien sie der Meinung, dass es richtig sei auf das Thema Bildung und Forschung aufzubauen. Man habe für verschiedene Massnahmen, die man nun hören konnte, im Budget 2012 Fr. 200'000.-- eingestellt. Sie werden selbstverständlich im Rahmen des Geschäftsberichts vorlegen was mit den Fr. 200'000.-- passiert sei.

Sie seien der Meinung, dass man dem Thema eine Chance geben soll. Schauen das Forschung und Bildung in unserer Generation stärker werde. Ein kleines Wortspiel sei entstanden. "Für ein starkes FBI Wädenswil. Forschung, Bildung, Innovation"

### 1.3 Eingänge

- Bericht zu den Postulaten der FDP-Fraktion, vom 30. April 2009, überwiesen am 8. Juni 2009, aufrechterhalten am 28. September 2009, betreffend inakzeptable Situation in der Bahnhofunterführung und von Willy Rüegg, SP, vom 31. Januar 2008, überwiesen am 7. April 2008, aufrechterhalten am 28. September 2009, betreffend koordiniertes Vorgehen gegen Littering und Vandalismus in Wädenswil
- Beantwortung der Interpellation von Willy Rüegg, SP, vom 6. Juni 2011, überwiesen am 20. Juni 2011, betreffend Stadtentwicklung
- Schriftliche Anfrage der FDP-Fraktion, vom 2. September 2011, betreffend finanzielle Folgen der neuen Spitalfinanzierung für Wädenswil
- Einladung zur GR-Sitzung vom 12. September 2011
- Bericht und Antrag zur Weisung 10, vom 18. April 2011, betreffend Eingliederung der Freizeitanlage Untermosen (FZA) in die Stadtverwaltung
- Bericht zum Postulat, vom 4. Juli 2010, überwiesen am 6. September 2010, betreffend Prüfung der Einführung von Betreuungsgutscheinen für Kinder im Vorschulalter unter Berücksichtigung der Erfahrungen in Luzern
- Weisung 13, vom 29. August 2011, betreffend Subventionierungsmodelle Kinderkrippen
- Beantwortung der Schriftlichen Anfrage der FDP-Fraktion, vom 2. April 2011, betreffend Wegzug BASF und zur Standortförderung des Industrie- und Dienstleistungsstandorts Wädenswil
- Bericht des Stadtrates zu Postulaten mit Fristüberschreitung (nur GR und StR)
- Flyer Sauberei
- Motion der SP-Fraktion, vom 22. August 2011, betreffend Schutz des Wädenswiler Baumbestandes
- Einladung Besichtigung Umbau Bibliothek
- Gemeinderatsprotokolle vom 6. Juni 2011 und 20. Juni 2011
- Weisung 12, vom 25. Juli 2011, betreffend Revision privater Gestaltungsplan Beichlen, Festsetzung
- Bericht zum Postulat der SVP-Fraktion, vom 14. Januar 2007, überwiesen am 16. April 2007, aufrechterhalten am 7. September 2009, betreffend Badewasserqualität Bachgadenweiher
- Bericht zum Postulat der GRPK, vom 15. Juni 2010, überwiesen am 12. Juli 2010, betreffend flächendeckender Einführung von NPM der Wädenswiler Verwaltung
- Bericht zum Postulat der EVP/EDU-Fraktion, vom 12. Juli 2010, überwiesen am 6. September 2010, betreffend Pflege des kulturellen Erbes Wädenswil
- Submissionsleitfaden
- Personal- und Besoldungsstatut
- Einladung Verein Landart im Schlosspark "Unter Bäumen"
- Medienmitteilung Verein Landart im Schlusspark "Unter Bäumen"
- Motion der GP-Fraktion, vom 12. Juli 2011, betreffend Abklassierung der Tiefenhofstrasse
- Weisung 11, vom 11. Juli 2011, betreffend Volksinitiative "Günstiger Wohnraum für Familien"
- Bericht zum Postulat von Hanspeter Andreoli und Ivo Peyer, BFPW-Gemeinderäte, vom 2. Juni 2010, überwiesen am 21. Juni 2010, betreffend Einschränkung der Anbieter im Einladungsverfahren in Bezug auf die Anzahl sowie den kantonalen Standort

- Beantwortung der Schriftlichen Anfrage der CVP-Fraktion, vom 13. April 2011, betreffend Betreuungsangebot der Primarschule
- Beantwortung der Interpellation von Jonas Erni, SP, vom 27. Januar 2011, überwiesen am 28. März 2011, betreffend der Erschliessung der Hochschule Wädenswil (ZHAW) mit dem öffentlichen Verkehr und der Realisierung eines zusätzlichen SOB-Bahnhofs beim Campus Reidbach (Tuweg-Areal)
- Einladung zur 1. August-Feier auf dem Geeren
- Ausladung für GR-Sitzung vom 11. Juli 2011
- Tätigkeitsbericht 2010 der Stiftung grow, Wädenswil

#### **1.4 Überweisungen**

Das Büro habe die Weisung 11, vom 11. Juli 2011, betreffend Volksinitiative "Günstiger Wohnraum für Familien" der Sachkommission zur Vorberatung überwiesen.

Das Büro habe die Weisung 12, vom 25. Juli 2011, betreffend Revision privater Gestaltungsplan Beichlen, Festsetzung der Raumplanungskommission zur Vorberatung überwiesen.

#### **2. Protokollabnahme**

Die Protokolle der Sitzungen vom 6. Juni 2011 und 20. Juni 2011 werden genehmigt.

16.00 / 33.06

#### **3. Weisung 10 vom 18. April 2011 betreffend Eingliederung der Freizeitanlage (FZA) Untermosen in die Stadt**

##### **Eintreten:**

**Präsidentin der Sachkommission, Charlotte Baer**, erklärt, wer die Freizeitanlage kenne, liebe sie. Dies lese man in der Weisung, in der Betriebsanalyse und in der Presse. Oder es sei die Rede vom Kafi als "Herz der Freizeitanlage". Überschäumende Herzlichkeit – und doch soll die Freizeitanlage sozusagen verstaatlicht werden. Sei das nicht ein Widerspruch? Doch alles der Reihe nach:

Heute beschliesse man tatsächlich über die Zukunft der Freizeitanlage Untermosen. Die Entstehungsgeschichte reiche fast 40 Jahre zurück:

1972 hätten die Stimmbürger einen Kredit von Fr. 600'000.-- für das Erstellen einer Gemeinschafts- und Freizeitanlage gesprochen.

1974 sei der Trägerverein "Gemeinschafts- und Freizeitanlage Untermosen" (Gefu) gegründet worden.

1975 sei zwischen dem Gefu und der Gemeinde ein Vertrag abgeschlossen worden, wo sich die Gemeinde verpflichtet habe, dem Verein die bewilligten Räumlichkeiten unentgeltlich zur Verfügung zu stellen und die Löhne für das nötige Leiterpersonal zu finanzieren.

Heute präsentiere sich die Freizeitanlage als gut etablierte und äusserst beliebte Institution mit einem vielfältigen und kreativen Freizeitangebot, einerseits in Form von Kursen, andererseits in der Gewährleistung individueller Nutzungsmöglichkeiten.

Dieser Erfolg verdanken man einerseits dem überdurchschnittlichen Einsatz der beiden Leiter, Rolf Munz und Peter Leuthold, dem Engagement des Gefu und – ganz wichtig – dem zahlreichen Wirken von Freiwilligen. Wer die Freizeitanlage besichtige und den Eifer all dieser Beteiligten wahrnehme, sei beeindruckt.

Trotzdem habe es der Gefu-Vorstand für sinnvoll gehalten, über die Zukunft, die Organisation und das Angebot der Freizeitanlage eine Standortbestimmung vorzunehmen. Das, weil die beiden langjährigen Leiter in den Ruhestand bzw. kürzer zu treten gedenken, aber auch, weil sich das Freizeitverhalten in den letzten 40 Jahren verändert habe. Im Herbst 2008 wurde bei der Hochschule Luzern eine Betriebsanalyse in Auftrag gegeben, welche im Frühling 2010 ihren Schlussbericht vorgelegt habe. Dieser Schlussbericht war bereits einmal Gegenstand der Beantwortung einer Interpellation von Christoph Hirzel.

Insgesamt erteile dieses Betriebsanalyse der Freizeitanlage gute Noten, besonders in Bezug auf Infrastruktur, Aussenanlagen, das zweigleisige Angebot mit geführten Kurse, individuellen Nutzungsmöglichkeiten und natürlich das Kafi.

Die Analyse habe aber auch gröbere Mängel festgestellt und um deren Ausmerzung gehe es im Wesentlichen in der Weisung 10. Beanstandet wurden vor allem die unklare Kompetenzregelung und die intransparente Organisationstruktur mit vielen Doppelspurigkeiten und Schnittstellen. Die strategische Führung liege beim Verein Gefu, während das Leiterteam die Freizeitanlage operativ führe. Die Stadt stelle nach wie vor Räumlichkeiten gratis zur Verfügung und trage die Besoldungskosten von jährlich Fr. 600'000.--. Gemäss Betriebsanalyse liesse sich diese Unzulänglichkeiten nur ausmerzen, wenn entweder die Freizeitanlage total von der Stadt losgelöst, vom Verein Gefu wie ein KMU geführt werde oder aber die Freizeitanlage vollumfänglich in die städtische Verwaltung integriert werde.

Der Stadtrat habe diese beiden Varianten gegeneinander abgewogen und spreche sich in der Weisung 10 für die Eingliederung in die Stadt aus. Zum gleichen Schluss sei der Gefu-Vorstand gelangt, sehe sich der Verein – besonders im Hinblick auf die Pensionierung der beiden verdienstvollen Leiter – ausserstande, die Freizeitanlage als selbständiges KMU weiterzuführen. Eine Konsultativabstimmung unter den Vereinsmitgliedern habe zu einem identischen Ergebnis geführt. Es brauche aber noch – als Handlungsvoraussetzung für den Stadtrat – die offizielle Zustimmung der Generalversammlung des Gefu. Denn die Umstrukturierung bedinge eine Änderung des Vereinszwecks; Die Gefu würde zum Förderverein und die Rückstellungen des Vereins von Fr. 120'000.-- sollten zweckgebunden für Neuanschaffungen in die Stadt eingebracht werden.

Im Übrigen bekenne sich der Stadtrat deutlich zur Aufrechterhaltung der Freizeitanlage und äussere Verständnis für das Unvermögen des Gefu, diese milizmässig selbständig weiterzuführen. Er spreche sich darum – wie gesagt – für die Eingliederung der Freizeitanlage in die Verwaltung aus. Kernpunkte diese Neustrukturierung seien Folgenden:

- Die Freizeitanlage würde in die Abteilung Schule und Jugend integriert und als NPM-Einheit mit Globalbudget und Leistungsauftrag fortgeführt. Dies mache deshalb Sinn, weil diese beiden Institutionen schon heute eng zusammenarbeiten und der zusätzliche Aufwand für die Stadt daher bescheiden und angeblich kaum kostenrelevant sein dürfte.
- Die Stadt stelle weiterhin die Räumlichkeiten unentgeltlich zur Verfügung, ohne aber eine Bestandesgarantie abgeben zu wollen.
- Die Stadt beteilige sich finanziell weiterhin mit Fr. 600'000.- jährlich für die Besoldungen. Eine Änderung des Stellenplans sei nicht beabsichtigt.
- Das Freizeitangebot und die Kurswesen seien zu überdenken und den zeitgemässen Freizeitgestaltungen anzupassen.
- Die Rückstellungen des Vereins im Umfang von Fr. 120'000.-- seien zweckgebunden in die Stadt einzubringen.
- Die Freiwilligenarbeit sei auch in Zukunft nicht nur erwünscht, sondern unabdingbar. Die Stadt könne die Freiwilligenarbeit nicht übernehmen.

Die Sachkommission habe sich intensiv mit der vorliegenden Weisung befasst, sich mit den Verantwortlichen unterhalten und die Freizeitanlage besichtigt. Der Leistungsausweis des Leiterteams und des Gefu seien eindrücklich und unbestritten und sie möchte den Verantwortlich an dieser Stelle ihre Anerkennung aussprechen. Der Erhalt der Freizeitanlage an sich sei in der Kommission denn auch nie angezweifelt worden. Auch sei die Sachkommission dezidiert der Auffassung, dass der Status Quo der Organisation mit den zahlreichen Schnittstellen und der mangelnden Transparenz, namentlich für die Kommissions- und Gemeinderatsmitglieder, für die Zukunft nicht zielführend sei und eine neue Lösung gefunden werden müsse. Die Sachkommission bedauere aber, dass sich dafür nur die Verstaatlichung anbiete und sich in einer 20'000-Seelen-Stadt wie Wädenswil – die sich auch schon mal als "Freizeitstadt" betitelt habe – keine andere Fortführungsmöglichkeit bewerkstelligen lasse. Denn der Betrieb einer Freizeitanlage sei ja nicht unbedingt eine typische öffentliche Kernaufgabe. Ein gewichtiger Diskussionspunkt wären die Kosten, welche der Stadtrat sehr summarisch mit Fr. 600'000.-- pro Jahr bezifferte und behauptete, eine Steigerung sei nicht zu befürchten, allein schon darum nicht, weil de facto bereits enge Verbindungen zwischen der Freizeitanlage und der Abteilung Schule und Jugend bestünden, so dass der zusätzliche Aufwand minimal ausfallen werde. Auch sei ihnen zugesichert worden, dass eine Änderung des Stellenplans nicht beabsichtigt sei.

Die Sachkommission verlange deshalb, dass der Nettoglobalkredit, der NPM – Einheit Freizeitanlage entsprechend beziffere und die Ziele, Standard und Indikatoren darauf auszurichten seien. Beispielsweise sei das Kursangebot dem modernen Freizeitverhalten anzupassen, weiter sei zu fordern, dass die Kurse gesamthaft betrachtet kostendeckend seien und nötigenfalls von einer Mindestteilnehmerzahl abhängig zu machen seien. Die Betriebsausgaben müssten über die Einnahmen finanziert werden können.

Ein weiterer zentraler Punkt und eigentlich das Herzstück des Fortbestands der Freizeitanlage sei die Freiwilligenarbeit. Diese könne und solle die Stadt nicht übernehmen, und die Stadt solle das Freizeitangebot nicht auf dem Silbertablett präsentieren. Entfällt das Freiwilligenengagement, müsste der Betrieb der Freizeitanlage über kurz oder lang reduziert oder

sogar eingestellt werden. Hier werde der Förderverein besonders gefordert sein. Auch eine geschickte Vermarktungsstrategie dürfte zu einem positiven Erfolg beisteuern.

Nicht nur in der SVP-Fraktion, sondern auch in der Sachkommission sei daher der Begriff der "Vernunftlösung" gefallen. Die Sachkommission möchte an dieser Stelle aber nicht Schwarzmalerei betreiben, sondern nochmals bekräftigen, dass sie einstimmig hinter der Weisung 10 stehe und auch zuversichtlich sei, dass die Verantwortlichen alles daran setzen, dass die Freizeitanlage auch in Zukunft ein "Erfolgsmodell" sein werde. Sie wünsche dem neuen Leiterteam und dem Verein Gefu dazu alles Gute. Sie schliesse mit einem Dank an Stadtpräsidenten Philipp Kutter und Stadtrat Johannes Zollinger, an die Abteilungsleiterin Schule und Jugend, Maja Streuli, an die Präsidentin bzw. die Vizepräsidentin des Vereins Gefu, Daniela Flüge und Gaby Rüttsche ebenso an die Leiter, Rolf Munz und Peter Leuthold.

Die einstimmige Sachkommission beantrage dem Gemeinderat Eintreten und Zustimmung zur Weisung 10. Gleiches könne sie im Namen der einstimmigen SVP-Fraktion bekannt gebe.

**Michael Vogt, CVP**, erklärt, dass die CVP-Fraktion auch in Zukunft eine gesunde Freizeitanlage möchte und stimmen deshalb dieser Weisung zu. Es sei ihnen ein grosses Anliegen allen Vorstandsmitgliedern und Mitarbeitern der Freizeitanlage zu danken. Trotzdem stimme es ihn traurig, dass es in einer Stadt wie Wädenswil nicht möglich sei, ein Verein auf freiwilliger Basis zu führen. Schade, dass viele Mitbürger nur konsumieren, aber nicht mehr bereit seien mit freiwilliger Arbeit etwas zum vielfältigen Vereinsleben beizutragen. Deshalb hoffe die CVP, dass dieses Beispiel keine Schule mache. Sonst sitze man bald hier und diskutiere welcher Abteilung man den Sportverein zuteilen wolle.

**Peter Dolder, FDP**, teilt mit, dass auch die FDP sich eingehend mit der vorliegenden Weisung auseinandergesetzt habe und man einstimmig für Zustimmung sei.

Ihnen sei es wichtig, dass in der Freizeitanlage eine aktive Vermarktung stattfinde. Sie erwarten, dass sowohl für die frei benutzbaren Räumlichkeiten und auch für das Kursprogramm ein Konzept bestehe, wo sowohl die Bekanntheit, wie auch die Auslastung als zentrale Punkte hervorgehoben werden. Sie erwarten, dass der Stadtrat, beziehungsweise die Abteilung Schule und Jugend aktiv dazu beitrage, dass die vielen gut nutzbaren Räume dem Publikum bekannt gemacht werden und zum positiven finanziellen Ergebnisse von der Freizeitanlage beitragen werde. Nicht wie bei der Kulturhalle Glärnisch, wo bis heute kein Konzept vorhanden sei.

Im Konzept soll auch die Integrationsarbeit miteinbezogen werden. Die Stadt sei angehalten, weitere Integrationsveranstaltungen durchzuführen. In der Vergangenheit seien unter anderem Themenabende durchgeführt worden, die sowohl musikalisch als auch kulinarisch die Möglichkeit geboten haben, einen Einblick in andere Kulturen zu erhalten.

Ebenfalls sei die finanzielle Auswirkung für die Stadt Wädenswil ein wichtiger Punkt. In der Weisung schreibe der Stadtrat, dass die Kosten nicht grösser werden als bisher. Sie werden

im Rahmen der Budgetverhandlungen die Indikatoren und Ziele, die im Rahmen des NPM betreffend der Freizeitanlage aufgesetzt werden, genaustens unter die Lupe nehmen und sie würden sich nicht scheuen, für die nächsten Budgetprozesse entsprechende Anpassungen vorzunehmen.

Zusammengefasst könne er mitteilen, dass die FDP-Fraktion für Eintreten und Zustimmung zur Weisung 10 sei. Die folgenden Punkte stehen bei ihnen im Mittelpunkt:

- Konzept zur aktiven Vermarktung der Freizeitanlage
- Integrationsarbeit von und in der Freizeitanlage
- Budgeteinhaltung und messbare sowie sinnvolle Indikatoren und Ziele für die Freizeitanlage

**Hanspeter Andreoli, BFPW**, findet, dass die Freizeitanlage eine gute Sache sei und deswegen seien sie der Meinung, dass sie weiter betrieben werden soll. Es solle aber sicher nicht Schule machen, dass ein Verein mangels Mitglieder einfach in die Stadtverwaltung integriert werde. Ebenfalls stellen sie sich sehr kritisch zu den Kosten von Fr. 600000.-- .Im Moment werden diese sicher gleich bleiben, bestehen diese doch grundsätzlich aus den Löhnen der Angestellten. Man wisse, dass die Freizeitanlage von vielen Freiwilligen unterstützt werde, dies sei bei einem Verein richtig und gut so. Aus Erfahrung, so glauben sie, wisse man, dass sobald etwas öffentlich sei, diese Freiwilligenarbeit zurückgehen werde. Nach dem Motto: Vorher habe man es für den Verein getan, jetzt bezahle es ja die öffentliche Hand, also sollen die Aufwendungen bezahlt werden, sonst sei man nicht mehr bereit diese Arbeit zu leisten.

Sollte dies eintreffen, gäbe es die Möglichkeit, die Kosten für die Kurse anzuheben. Man könne aber – zur Kostenreduktion – auch Kurse streichen, vor allem wenn es aus Gründen von zu hohen Kurskosten keine Anmeldungen mehr gäbe. Sollte dies geschehen, könne es durchaus sein, dass das unter der Bevölkerung nicht gut ankäme, vor allem wenn es sich um einen beliebten Kurs handle. Die Stadt müsse diesem Druck nachgeben und dann würden die Kosten von Fr. 600000.-- nicht mehr reichen und man müsse den Kredit anheben. Trotz dieser Bedenken seien sie vom Forum für Zustimmung zur Weisung 10.

**Rita Hug, GP**, teilt mit, dass die Fraktion der Grünen, als langjährige Benützer der Freizeitanlage, bedauere, dass mit der Übernahme der Stadt vielleicht eine gewisse Eigenständigkeit und Flexibilität der Freizeitanlage verloren gehen könne. Nichts desto trotz sei die heutige Organisationsstruktur so kompliziert, umständlich und nicht mehr zeitgemäss, dass eine Lösung gefunden werden müsse. Die Eingliederung der Freizeitanlage in die Stadt biete einige Chancen. So sollen Entscheidungswege kürzer werden und ein neues Netzwerk zur Verfügung stehen.

Sie appellieren aber an die Stadt, die Entwicklung der Freizeitanlage zu fördern und die NPM-Ziele so zu formulieren, dass die Freizeitanlage auch erfolgreich sein könne und über einen gewissen Spielraum verfüge.

Dass die Freizeitanlage die Freiwilligenarbeit fördere und eine sinnvolle Freizeitgestaltung biete, liege auf der Hand. Ganz wichtig erscheine ihnen aber auch, dass in der Freizeitanla-

ge das Handwerk einen sehr grossen Stellenwert habe. Es werde immer gejammert, dass es immer weniger qualifizierte Handwerker gebe und immer weniger Jugendliche das Handwerk erlernen möchten. Gleichzeitig werde an Schulen der Werkunterricht immer mehr an den Rand gedrückt. Hier biete die Freizeitanlage die Möglichkeit, dass Kinder und Erwachsene in einem optimalen Umfeld ihre handwerklichen Fähigkeiten entdecken und fördern können.

In diesem Sinne sei die Fraktion der Grünen für die Eingliederung der Freizeitanlage in die Stadt. Als Wohn- und Bildungsstadt könne Wädenswil ruhig auch in Zukunft in die Freizeitanlage investieren. Und sie seien ganz klar der Meinung, dass ein gutes Freizeitangebot Aufgabe einer Stadt sei.

**Willy Rüegg, SP**, teilt mit, dass die Integration der Freizeitanlage ein realistischer, pragmatischer und sinnvoller Schritt sei. Er glaube, es sei nicht der richtige Zeitpunkt um sogenannten Kulturpessimismus zu schaffen und zu sagen, dass niemand mehr bereit sei etwas freiwillig zu machen. Man spreche nur von einem der vielen Vereinen in Wädenswil.

Man schaue aber lieber auf die Jahrzehnte zurück, als der Verein Gefu grossartige Arbeit geleistet habe. Ganz im Sinne des Stadtpräsidenten und der Bildungsstadt, denn ohne Unterbau und ein Umfeld stehe auch eine Hochschule mächtig im Schilf. Aber der Verein Gefu, die Musikschule und alles was sonst erwähnt worden sei, seien ebenfalls wichtig für eine Bildungsstadt – es bildet das sogenannte Fundament.

Man spreche hier nicht über die Qualität, Ausstrahlung oder Leistungen der Freizeitanlage – denn dies sei nie kritisiert worden oder zur Diskussion gestanden. Dass der Vorstand keine Nachfolger mehr findet, sei ihnen – in Gesprächen mit der Sachkommission und dem Vorstand – plausibel gemacht worden. Der Verein habe eine Grösse von einem kleinen KMU, das heisse, es gebe nicht nur viel Arbeit, sondern auch viel Verantwortung. Und solche Leute seien schwer zu finden.

In den einzelnen Kursangeboten, werde weiterhin Freiwilligenarbeit geleistet.

Dass die Führung nun wechsele und mit der Eingliederung in die Stadt professioneller werde, sei sicher sinnvoll. Umso mehr, dass dann auch die ganze Freizeitanlage führbar sei für den Gemeinderat, mit Leistungsauftrag und Globalkredit. Man bekomme hier eine kleine Musterabteilung, habe doch der Verein Gefu immer sehr erfolgreich gearbeitet, sei selbsttragend gewesen, abgesehen von den Salärposten die durch die Stadt getragen worden seien. Die Kursangebote seien immer marktgerecht und erfolgreich durchgeführt worden. In dieser Hinsicht könne man auch weiterhin Vertrauen schenken.

Er und die SP-Fraktion wünschen dem Verein Gefu weiterhin viel Glück und danken allen Beteiligten sehr für ihre Leistungen und wünschen dem neuen Förderverein ganz viel Optimismus die Freizeitanlage weiterhin gut zu führen mit Unterstützung der Stadt.

**Stadtpräsident Philipp Kutter** führt aus, dass er zuerst der Sachkommission und ihrer Präsidentin Charlotte Baer herzlich danken möchte für die konstruktive und intensive Behandlung der Weisung 10.

Der Stadtrat beantrage darin, die Freizeitanlage Untermosen (FZA) als Dienststelle der Stadtverwaltung zu integrieren. Anstoss dazu gab der Trägerverein "Gemeinschafts- und Freizeitanlage Untermosen" (Gefu). Er habe eine externe Betriebsanalyse veranlasst, welche folgende Kernaussagen beinhalte:

Die FZA sei gut etabliert und bei den Nutzerinnen und Nutzern beliebt. Das Angebot sei grundsätzlich gut, mit gewissen Hinweisen. Inhaltlich sei kein unmittelbarer Handlungsbedarf geortet worden, aber bei den Strukturen.

Heute werde die FZA von einem Trägerverein getragen, aber mit starken Verflechtungen in die Stadt. Die Folge davon seien Doppelspurigkeiten und unklare Führungsstrukturen. Die Betriebsanalyse mache eine klare Empfehlung: Diese Zwitterlösung soll aufgehoben werden. Entweder soll man die FZA ganz aus den städtischen Strukturen lösen oder ganz integrieren. Der Stadtrat habe sich damit auseinandergesetzt, welche Variante die bessere sei. Wie auf der Seite 3 der Weisung zu sehen sei, haben beide Varianten ihre Vor- und Nachteile. Er könne sagen, dass der Stadtrat, wie auch die Sachkommission, nicht Feuer und Flamme gewesen sei für die Variante Integration, weil sie es grundsätzlich sinnvoll finden, wenn eine solche Institution auf eigenen Beinen stehe. Aber sie mussten erkennen, dass die Variante Loslösung zwar die schönere sei, aber vermutlich nicht so einfach umzusetzen sei. Denn die Verflechtungen mit der Stadt seien bereits heute sehr gross. Die Betriebsmittel, die Angestellten und die Räume seien städtisch. Das würde bedeuten, dass man bei einer Herauslösung einiges im Bereich Administration neu organisieren müsse. Die FZA müsste zum Beispiel eine eigene Personalführung aufbauen. Hier läge die grosse Schwierigkeit, denn der ehrenamtlich geführte Trägerverein komme an seine Grenzen. Darum habe sich der Vereinsvorstand für die Variante Eingliederung in die Stadt ausgesprochen. Der Stadtrat habe Verständnis für diese Haltung und sei bereit, die Freizeitanlage in die Stadt zu integrieren, unter der Voraussetzung, dass auch die Vereinsmitglieder zu dieser Lösung "Ja" sagen. Die entsprechende Versammlung findet in Form einer ausserordentlichen Mitgliederversammlung statt, wobei sich die Mitglieder des Gefu darüber äussern werden, ob sie den Änderungen zustimmen oder nicht. Sollte sich heute Abend der Gemeinderat oder an der Mitgliederversammlung die Leute gegen die Integration aussprechen, müsste von Seiten des Vereins ein neuer Vorschlag kommen.

Vorgesehen sei, die Freizeitanlage als Dienststelle in der Abteilung Schule und Jugend anzuhängen. Mit dieser Abteilung bestehen bereits heute am meisten Schnittstellen, insbesondere auch aufgrund der räumlichen Situation. Man könne also eine Lösung anbieten, die funktioniere und die erst noch ohne grossen Zusatzaufwand umsetzbar sei.

Der Betrieb der FZA selbst soll als eigenständige Dienststelle mit einem eigenständigen Leiter funktionieren. Er soll über einen Leistungsauftrag mit Globalkredit geführt werden. Das Angebot soll sich nicht grundsätzlich ändern, aber sie möchten gleichwohl da und dort neue Akzente setzen, zum Beispiel im Bereich Quartierarbeit oder Integration. Und es sei denkbar, dass der Stadtrat sich zur Raumsituation Gedanken mache. Auf dem Areal Untermosen gebe es ihres Erachtens noch gewisses Potenzial. Die Betriebsmittel sollen auf dem

heutigen Niveau bleiben. Der heutige Trägerverein soll, natürlich nur wenn die Mitglieder dem zustimmen, als Förderverein weiter bestehen. Der Förderverein soll, wie es der Name sage, die FZA unterstützen und als Sprachrohr für Nutzerinnen und Nutzer gelten. Er soll aber auch mitanpacken.

Insgesamt könne man sagen, dass der Stadtrat zu einem ganz ähnlichen Schluss wie die Sachkommission gekommen sei, auch was die im Bericht gemachten Empfehlungen angehen. Auch sie seien der Überzeugung, dass es weiterhin das Engagement der Freiwilligen brauche. Die Freizeitanlage lebe zu einem guten Teil von der Eigeninitiative und vom Mitwirken der Nutzerinnen und Nutzer. Daran ändere sich mit dem Wechsel der Trägerschaft nichts.

Auch sie wollen nicht, dass wegen der neuen Strukturen die Ausgaben für die FZA steigen. Auch sie wollen die FZA als NPM-Einheit etablieren, ausgerüstet mit Zielen, Indikatoren und Standards. Dadurch erhalte der Gemeinderat nun jedes Jahr mit Geschäftsbericht, Rechnung und Budget Einblicke in die Tätigkeit und die Bücher der Freizeitanlage.

Abschliessend danke er allen, welche die Freizeitanlage in den vergangenen 30 Jahren aufgebaut und getragen haben und insbesondere allen Vorstandsmitgliedern sowie den vielen freiwilligen Helferinnen und Helfer.

**Berti Stocker, EDU**, teilt mit, dass die Freizeitanlage ein gut verankertes Angebot der Stadt Wädenswil sei. Freizeit sei ein grosses Thema und es sei für die Bevölkerung wichtig wie die Freizeit gestaltet werden könne. Die FZA biete mit einem grossen Angebot gute Möglichkeiten der Freizeitgestaltung. Mit viel Herzblut und Engagement haben sich Vereinsmitglieder und freiwillige Helfer eingesetzt und den Verein Gefu unterstützt. An dieser Stelle möchte sie mit Hochachtung ein grosses Danke weitergeben.

Bei Fragen wie Leiterwechsel, weitere Unterstützung usw. werden beim Verein Gefu Grenzen festgestellt. So sei es naheliegend, an die bereits vorhandenen Ressourcen anzuknüpfen. Mit der Eingliederung der FZA in die Stadt sei zu erwarten, dass die – laut Betriebsanalyse festgestellten – Schwächen aufgearbeitet und mit geeigneten Rahmenbedingungen ausgebaut werden können, dass aber auch der Standort der Anlage weiterhin gepflegt und im Sinne des Vereins weitergeführt werde mit weiterhin motivierten Mitgliedern und freiwilligen Helfern. Der EVP/EDU-Fraktion erscheine die Eingliederung der FZA in die Stadt sinnvoll, sie habe aber gewisse Bedenken, dass das grosse Engagement der Vereinsmitglieder und Freiwilligen durch die Integration mittel- bis längerfristig abnehmen könnte. Für eine erfolgreiche Zukunft sei dies aber unabdingbar.

Als Anmerkung möchte sie das grosse Parkplatzproblem erwähnen.

#### **Abstimmung zum Eintreten:**

Der Rat stimmt einstimmig für das Eintreten auf die Weisung 10.

### **Detailberatung:**

Keine Wortmeldungen

### **Schlussabstimmung (mit Stimmzähler):**

Der Rat stimmt mit 28:0 der Weisung 10 betreffend Eingliederung der Freizeitanlage (FZA) Untermosen in die Stadt zu.

36.00/36.07

#### **4. Interpellation von Jonas Erni, SP, vom 27. Januar 2011, überwiesen am 28. März 2011, betreffend der Erschliessung der Hochschule Wädenswil (ZHAW) mit dem öffentlichen Verkehr und der Realisierung eines zusätzlichen SOB-Bahnhofs beim Campus Reidbach (Tuwag-Areal); Beantwortung**

**Stadtrat Werke Ernst Brupbacher**, führt aus, dass die Interpellation von Jonas Erni, betreffend der Erschliessung der ZHAW mit dem öffentlichen Verkehr und der Realisierung eines zusätzlichen SOB-Bahnhofs beim Campus Reidbach im Tuwag-Areal, umfassend beantwortet worden sei. Zudem sei das Zusammenwirken der verschiedenen Akteure in der Gestaltung des Angebots des öffentlichen Verkehrs im Kanton Zürich und in Wädenswil aufgezeigt worden. Fahrleistungen im öffentlichen Verkehr erbringe in Wädenswil: die AHW Busbetriebe AG mit Sitz in Horgen, die Postauto AG, die SOB, die SBB und die ZSG.

Das Fahrplanverfahren, die Mitsprache der Gemeinden und die Finanzierung werden detailliert aufgezeigt und lassen auch aus seiner Sicht keine Fragen mehr offen. Er denke die Aufzeichnungen des Wegs zur Realisierung einer SOB-Haltestelle Reidbach und nicht eines "Bahnhofs" sei von grossem Interesse.

Was ist bereits gemacht worden?

Die Nichtstreichung der Haltestelle Tuwag im kantonalen Richtplan wurde über vier Kanäle veranlasst und koordiniert. Die Eingaben erfolgten durch die Abteilung Planen und Bauen der Stadt Wädenswil, durch die Verkehrskommission Wädenswil, die Direktion der ZHAW und durch die Tuwag AG, als Landbesitzerin im Bereich der Haltestelle Reidbach. Vier Eingaben zu diesem Thema für die Aufrechterhaltung der Haltestelle im kantonalen Richtplan. Die Tuwag AG habe, im kürzlich eingereichten privaten Gestaltungsplan zum Tuwag-Areal, die SOB-Haltestelle Reidbach nach Rücksprache mit der SOB betreffend Lage, Länge und den entsprechenden Sicherheitsparametern, planerisch bereits festgehalten.

Wegen persönlichen proaktiven Kontakte zum Volkswirtschaftsdepartement des Kantons Zürich fand eine vertiefte Diskussion zum Thema ZHAW und SOB-Haltestelle Reidbach mit Regierungsrat Ernst Stocker, dem ZVV-Verantwortlichen Franz Kagebauer, dem Stadtpräsidenten Philipp Kutter, dem Verkehrskommissionspräsidenten Kurt Schreiber und ihm, Ernst Brupbacher, als Verantwortlichen für den ÖV in Wädenswil, statt.

Was müsse nun als nächstes passieren?

Der Regierungsrat müsse den Antrag auf Nichtstreichung der Haltestelle "Tuwag" im kantonalen Richtplan stellen. Der Kantonsrat müsse diesem Antrag zustimmen. Bleibe der Eintrag im Richtplan, das heisse die Streichung werde nicht vollzogen, so werde der bereits initiierte "runde Tisch" mit Vertretern der SOB, SZU, ZVV, ZHAW, Tuwag AG und der Stadt unverzüglich wieder aufgenommen. Der zeitliche Realisierungshorizont sei hauptsächlich davon abhängig, welche Realisierungsvariante der SOB in technischer, fahrplanverträglicher und finanzieller Sicht favorisiert werde.

Zwischenzeitlich sei in der letzten Woche ein Brief der Volkswirtschaftsdirektion eingetroffen. Er zitiere daraus die letzten zwei Abschnitte: "Anlässlich eines Gesprächs zwischen dem Vorsteher der Volkswirtschaftsdirektion, dem Direktor des ZVV und dem Stadtpräsidenten sowie weiteren Vertretern der Stadt Wädenswil wurde die Situation besprochen. Es ist dabei zur Kenntnis zu nehmen, dass kurz- und mittelfristig keine Lösung absehbar ist. Gegen einen Eintrag einer Haltestelle Reidbach in den Kantonalen Richtplan ist aus Sicht der Volkswirtschaftsdirektion nichts einzuwenden. Er soll aber entsprechend den Ergebnissen der fahrplantechnischen Abklärungen mit dem Vermerk langfristig und ohne Prüfauftrag versehen werden."

Er persönlich sei optimistischer und glaube an eine mittelfristige Lösung im Zusammenspiel mit der SOB. Er danke für die Aufmerksamkeit und stehe jederzeit – auch ohne Interpellation – für Fragen zum ÖV in Wädenswil und der Au direkt zur Verfügung.

**Jonas Erni, SP**, erklärt, dass es immer wieder spannend sei zu sehen, wie komplex das Thema öffentlicher Verkehr sei, aber auch wie wichtig es sei. Er bedanke sich für die Beantwortung wie auch die Ausführungen von Philipp Kutter zur Bildungsstadt. Er möchte nachdoppeln und nochmals erwähnen wie wichtig die Hochschule für Wädenswil sei und dementsprechend auch die neue Haltestelle. Er sei froh, dass alle Akteure gemeinsam am gleichen Strick ziehen und die neue Haltestelle möchten.

Er sei gespannt, was die Zukunft bringe.

**Die Interpellation von Jonas Erni SP, vom 27. Januar 2011, überwiesen am 28. März 2011, betreffend Erschliessung der Hochschule Wädenswil (ZHAW) mit dem öffentlichen Verkehr und der Realisierung eines zusätzlichen SOB-Bahnhofs beim Campus Reidbach (Tuwag-Areal) gilt als erledigt und wird abgeschrieben.**

20.01

**5. Postulat von Hanspeter Andreoli und Ivo Peyer, BFPW-Gemeinderäte, vom 2. Juni 2010, überwiesen am 21. Juni 2010, betreffend Einschränkung der Anbieter im Einladungsverfahren in Bezug auf die Anzahl sowie dem kantonalen Standort; Beantwortung**

**Stadtpräsident Philipp Kutter**, erklärt, dass das Submissionswesen eine technische Angelegenheit sei, es sich aber lohne, es etwas genauer anzuschauen. Denn die öffentlichen Vergaben seien ein wirtschaftlicher Faktor und haben auch Vorbildcharakter. Ein Privater könne Aufträge vergeben an wen er wolle, der Staat müsse sich an Regeln der Transparenz, Gleichbehandlung und Wirtschaftlichkeit halten. Schliesslich ginge es ja immer um Steuergelder. Diese Regeln seien in übergeordneten Gesetzen von Bund und Kanton grundsätzlich festgelegt. Die Wädenswiler Submissionsverordnung lege dann die lokale Praxis fest und diene dem Stadtrat und der Verwaltung als Leitfaden.

Zu den Eigenheiten des Submissionswesens zähle, dass je nach Umfang des Auftrags ein anderes Vergabeverfahren gelte. Kleine Aufträge bis zu einem gewissen Geldwert können "direkt" vergeben werden, bei mittleren Aufträgen müssen 3 bis 5 Offerten eingeholt werden. Grosse Aufträge müssen dann öffentlich ausgeschrieben werden, womit sich Anbieter aus der ganzen Schweiz sogar aus ganz Europa bewerben können.

Die Postulanten verlangen, dass beim Einladungsverfahren keine ausserkantonalen Anbieter mehr miteinbezogen werden. Wie man dem Bericht entnehme, könne man dem nicht entsprechen. Dagegen spreche der Grundsatz der Gleichbehandlung, auch das Argument der weiten Anfahrtswege greife hier nur bedingt. Es sei nicht einsichtig, warum ein Anbieter aus Schindellegi nicht einbezogen werden soll, dafür aber einer aus Eglisau.

Aufgrund von Erfahrungen der letzten Jahre habe der Stadtrat selbst einen gewissen Handlungsbedarf ausgemacht und den Submissionsleitfaden überarbeiten. Die wesentlichen Änderungen seien:

- Die Schwellenwerte wurden neu festgelegt. Besonders im Blick habe man dabei den Schwellenwert zwischen dem Einladungsverfahren und dem öffentlichen Verfahren. Dabei habe man den gesetzlichen Spielraum besser ausgenützt und die Schwellenwerte auf das Niveau des Kantons angehoben.
- Auch die Schwellenwerte des freihändigen Verfahrens wurden angehoben, jedoch unter dem Niveau des Kantons belassen.

Der Stadtrat gehe davon aus, dass dies im Sinn des regionalen Gewerbes und auch der Verwaltung sei. In der Praxis sei das Ausschreibeverfahren in einigen Fällen eine Nummer zu gross gewesen oder in einem ungünstigen Verhältnis gestanden.

Bevor die Gewerbevertreter jetzt klagen, das sei wieder mal typisch für die Stadt, dass dies erst jetzt bemerkt werde, möchte er kurz zurückblicken: Der aktuelle Submissionsleitfaden wurde letztmals im August 2004 angepasst. Unter anderem wurden damals die Schwellenwerte für das Einladungsverfahren gegenüber dem Kanton gesenkt. Dies geschah in Absprache mit dem Handwerker- und Gewerbeverein Wädenswil. Damals habe man noch eine

andere Meinung vertreten und man wollte – vielleicht auch zu Recht – eine möglichst grosse Breite an Anbietern haben. Auch in diese Revision habe man den Handwerker- und Gewerbeverein miteinbezogen. Er unterstützte diese Erhöhung ebenfalls.

Die Zuschlagskriterien wurden schriftlich festgehalten und das Thema Ökologie stärker gewichtet, zu 15% statt wie bisher zu 10%. Es werde jetzt sicher einige geben, welche sagen, man solle das Kriterium zu 50% gewichten. Aber das gehe nicht, denn die gesetzlichen Vorgaben geben einen Rahmen vor.

Es werde der Grundsatz aufgeführt, worin der Stadtrat – unter Berücksichtigung der geltenden gesetzlichen Vorgaben – nach Möglichkeit das einheimische Gewerbe berücksichtige.

Die Revision habe übrigens auch dazu geführt, dass die praktischen Abläufe wieder einmal hinterfragt wurden. Sie können den Anliegen der Postulanten zwar nicht entsprechen, aber, so meine er, mit der Revision der Submissionsverordnung eine gute Alternative liefern.

Er lade den Gemeinderat ein, das Postulat abzuschreiben.

**Hanspeter Andreoli, BFPW**, teilt mit, dass er sich im Namen der BFPW für die Beantwortung des Postulats vom 2. Juni 2010 bedanken möchte. Hauptsächlich bedanke man sich aber für den neu revidierten Submissionsleitfaden vom 6. Juni 2011. Man fand es eigentlich gut, dass dieser Submissionsleitfaden sowie der anschliessende Zeitungsbericht vom 17. Juni 2011, vor der Beantwortung ihres Postulats publiziert wurden. Nehme man nämlich nur die Beantwortung, was eigentlich logisch wäre, müssten sie vom Forum einen Antrag auf Aufrechterhaltung des Postulats stellen. So negativ wie diese Beantwortung sei, frage man sich wirklich, ob der Verfasser dieser Beantwortung derselbe des neuen Leitfadens und des Zeitungsberichts sei.

Man möchte an dieser Stelle ein paar Beispiele nennen. In der Beantwortung hiesse es, er zitiere: “Der Grundsatz der Gleichbehandlung der Anbietenden ist von der öffentliche Hand zu beachten und darf nicht durch Beschränkung auf regionale Anbieter ausgehöhlt werde.“ Und weiter: “Nach den oben genannten rechtlichen Grundlagen ist eine Bevorzugung lokaler oder ortsansässiger Anbieter, wie es die Postulanten fordern, nicht zulässig“. Demgegenüber ein Auszug aus dem Zeitungsbericht vom 17. Juni 2011: “Stadtrat nimmt mehr Rücksicht auf lokales Gewerbe“, dies sei der Titel des Berichts und weiter: “Für die Stadt wird die Arbeit leichter und wir kommen dem einheimischen Gewerbe entgegen“ oder “dies komme auch dem einheimischen Gewerbe zugute, das auf diese Weise öfter eingeladen werden könne“. Es seien Zitate vom Stadtpräsidenten. Im Submissionsleitfaden selber stehe sogar unter Punkt 1 Grundsatz: “Der Stadtrat bekennt sich aber auch zu einem wirksamen Wettbewerb unter Anbietern und der wirtschaftlichen Verwendung öffentlicher Mittel sowie Ausnutzung des Spielraums zu Gunsten des lokalen Gewerbes.“

Wie man unschwer erkennen könne, klaffen die Aussagen in der Beantwortung mit denjenigen im Zeitungsbericht und vor allem im neuen Submissionsleitfaden weit auseinander. Weiter stehe in der Beantwortung: “Der Preis ist nach wie vor das Hauptzuschlagkriterium.“ Das stimme schon, aber mit 55% Gewichtung werde der Preis nur noch gut zur Hälfte ge-

wertet. Im neuen Leitfaden unter Punkt 8 "Zuschlagskriterien" gäbe es aber neu zusätzliche Kriterien: Die Qualität der Unternehmer werde mit 20% gewichtet, die Ausbildung Lernender mit 10% und die Ökologie werde sogar mit 15% gewichtet. Die Vergabekriterien waren übrigens im alten Submissionsleitfaden nicht so detailliert mit Prozentzahlen enthalten, vor allem dem Punkt Ökologie werde nun mehr Beachtung geschenkt, was Heinz Wiher von den Grünen sicher freue. Man möge sich nämlich noch gut erinnern, dass er bei der Vorstellung des Postulats gesagt habe, die einheimischen Gewerbler müssen sich keine Sorgen machen, da diese ja kleinere Anfahrtswege hätten. Nun, im alten Submissionsleitfaden war eben dieser Punkt nicht so im Detail beschrieben, jetzt wird der Punkt Ökologie aber ganz klar mit 15% gewichtet. Dieser Punkt sollte nun nämlich auch einen Vorteil für das einheimische Gewerbe darstellen, was wiederum ihrem Anliegen entspreche.

Ein weiteres Zitat aus dem Zeitungsbericht: "Durch die Anhebung des Schwellenwertes könne man nun auch für mittelgrosse Aufträge gezielt von drei bis fünf Unternehmen eine Offerte verlangen". Wiederum die Aussage vom Stadtpräsidenten. Diese Aussage entspreche genau den Begehren im Postulat. In der Beantwortung werde erwähnt, dass die örtlichen Gewerbetreibenden ebenfalls von den ausserkantonalen Nachbargemeinden profitieren würden, die gleichen Worte höre man übrigens auch aus linken Kreisen. Man könne beim Handwerker- und Gewerbeverband gerne nachfragen, wie es denn wirklich mit Einladungen zur Offertstellung aus den Nachbarkantonen sei. Die Antwort würde ziemlich klar ausfallen, denn die öffentliche Hand aus den Kantonen Schwyz und Zug lade keine Gewerbler von Wädenswil für öffentliche Arbeiten ein. Entweder verstossen nun diese Kantone gegen das vom Stadtrat erwähnt Binnenmarktgesetz oder sie versuchen einfach die Steuer-gelder in den eigenen Reihen zu behalten, was sicher nicht verboten sei.

Wie eingangs erwähnt, sei man sehr zufrieden mit dem neuen Submissionsleitfaden, dieser entspreche nämlich in grossen Teilen ihren Anliegen. Es sei nun aber wichtig, dass die Stadträte dafür besorgt seien, dass dieser Leitfaden durch ihre Abteilungsleiter auch so umgesetzt werde.

Das BFPW werde zusammen mit dem Handwerks- und Gewerbeverband ein wachsames Auge auf die Durchsetzung des Submissionsleitfadens haben und sie behalten sich bei Nichtanwenden des Leitfadens einen weiteren Vorstoss zu diesem Thema vor. In diesem Sinne sei das Forum für die Abschreibung des Postulats vom 2. Juni 2010.

**Das Postulat von Hanspeter Andreoli und Ivo Peyer, BFPW-Gemeinderäte, vom 2. Juni 2010, überwiesen am 21. Juni 2010, betreffend Einschränkung der Anbieter im Einladungsverfahren in Bezug auf die Anzahl sowie dem kantonalen Standort gilt als erledigt und wird antragsgemäss abgeschrieben.**

04.03.20/33.03

**6. Motion der GP-Fraktion, vom 12. Juli 2011, betreffend Abklassierung der Tiefenhofstrasse; Stellungnahme der Motionäre**

**Simon Kägi, GP**, führt aus, dass die Grünen fordern, dass die Tiefenhofstrasse zu solch einer Strasse abklassiert werde, die sie eigentlich sei – zu einer Quartierstrasse.

Die Tiefenhofstrasse zwischen See und Zugerstrasse soll so bleiben wie sie sei. Die Strasse sei schon unzählige Male im Gemeinderat im Mittelpunkt gestanden, sei dies im Rahmen der Fussgängersicherheit, als Nebenschauplatz beim Gestaltungsplan Tiefenhof oder jetzt aktuell bei der Initiative "Der Stoffel bleibt grün". Wie es aussieht, habe diese Initiative gute Chancen auf Umsetzung. Was dann zur Folge hätte, dass in diesem Gebiet mit keiner hohen Bautätigkeit zu rechnen sei. Zurzeit sei es so, dass ein Ausbau der Tiefenhofstrasse auch gar nicht zur Debatte stehe. Aber die Tiefenhofstrasse sei im kommunalen Verkehrsrichtplan als Sammelstrasse definiert und könnte somit ausgebaut werden. Die Grünen denken, dass ein Ausbau dieser Strasse ein enormes und hohes Verkehrsaufkommen mit sich bringen und die umliegenden Quartieren belasten würde. Schlimmstenfalls mache man aus der Tiefenhofstrasse einen Autobahnzubringer. Was natürlich einen enormen Einschnitt für dieses Quartier bedeute. Mit einer Abstufung der Tiefenhofstrasse zur Quartierstrasse könne die Strasse auf dem bisherigen Ausbauniveau belassen werden.

Dies würde das Quartier schonen und den Stoffel als Naherholungsgebiet weiterhin aufwerten. Sie bitten den Stadtrat dieser Forderung nachzukommen und sie seien gespannt auf die nächste Sitzung.

**Die Motion geht zur Erklärung an den Stadtrat**

26.03.50

**7. Postulat der EVP/EDU-Fraktion, vom 12. Juli 2010, überwiesen am 6. September 2010, betreffend Pflege des kulturellen Erbes Wädenswil; Beantwortung**

**Philipp Kutter, Stadtpräsident**, teilt mit, dass die Pflege des kulturellen Erbes ein wichtiges Anliegen des Stadtrats sei. Die Stadt Wädenswil engagiere sich hierfür in verschiedenen Bereichen. Sie betreibe die Dokumentationsstelle Oberer Zürichsee und eine städtische Bildersammlung. Weiter unterstütze man Organisationen finanziell, die sich der Pflege des kulturellen Erbes verschrieben haben, dazu zählen die im Postulat erwähnte Historische Gesellschaft sowie das Weinbaumuseum am Fusse der Halbinsel Au.

Dieses Bekenntnis sei nicht neu. Der Stadtrat habe sich bereits im Jahr 2005 für den Kauf der Seestrasse 135 und deren Umgestaltung in ein Ortsmuseum eingesetzt, was das Stimmvolk jedoch ablehnte. Diesen Volksentscheid habe auch der Stadtrat akzeptieren müssen. Es galt, andere Wege zu finden um das kulturelle Erbe zu pflegen. In der Folge wurde deshalb eine Leistungsvereinbarung zwischen der Stadt Wädenswil und der Historischen Gesellschaft Wädenswil erstellt.

Seit jener Volksabstimmung 2005 leiste die Historische Gesellschaft Wädenswil mit seinen Aktivitäten (Ausstellungen, Ferienpass-Aktionen, etc.) einen wesentlichen Beitrag zur Pflege des kulturellen Erbes Wädenswil. Der Stadtrat schätze die Arbeit der Historische Gesellschaft Wädenswil ausserordentlich und er nutze gern die Gelegenheit, der Historischen Gesellschaft für ihren Einsatz herzlich zu danken. Die Stadt Wädenswil unterstütze die Aktivitäten mit finanziellen Beiträgen zu Ausstellungsprojekten sowie für ausserordentliche Aufwendung. Konkrete Zahlen finde man im Bericht.

Insgesamt könne man feststellen, dass die Stadt Wädenswil die Historische Gesellschaft Wädenswil in den letzten Jahren bedarfsorientiert unterstützt habe. Ein Kostendach, wie von den Postulanten gefordert, erachte der Stadtrat daher nicht als sinnvoll. Man bezweifle auch, dass dies im Sinn der Betroffenen sei.

Es bleibe aber eine ungelöste Frage, nämlich jene eines Raums. Das zwingt die Historische Gesellschaft Wädenswil dazu, für jede Aktivität ein neues Lokal zu organisieren. Diese Variante habe auch Vorteile: Die Ausstellung zu wechselnden Themen erfahre bei der Bevölkerung grosse Beachtung, sicherlich auch weil sie immer wieder etwas Neues biete. Jedoch seien diese Ausstellungen sehr aufwändig und zehren an den Kräften der Historischen Gesellschaft Wädenswil. Die Mitglieder haben daher an der Generalversammlung im März 2011 beschlossen, einen neuen Anlauf zu starten bei der Suche nach einem festen Standort. Der Stadtrat habe Verständnis für dieses Anliegen und werde die Historische Gesellschaft Wädenswil auch bei diesem Vorhaben unterstützen. Er honoriere damit nicht zuletzt die Verdienste der Vereinsmitglieder. Er habe die Historische Gesellschaft Wädenswil aber auch darauf hingewiesen, dass die Möglichkeiten innerhalb der städtischen Liegenschaften nach wie vor beschränkt seien. Neue, auch unkonventionelle Ideen, seien daher erwünscht.

Man sei überzeugt: Zur Lösung der Raumfrage brauche es in erster Linie eine günstige Gelegenheit. Es wäre nicht das erste Mal, dass die Lösung nach vielen Jahren plötzlich entdeckt werde. Man erinnere sich zum Beispiel an die jahrzehntelangen Diskussionen um den Gemeindesaal, die dann in der Kulturhalle Glärnisch mündeten.

Im Namen des Stadtrats lade man sie ein, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

**Rahel Sonderegger, EVP**, dankt im Namen der EVP/EDU-Fraktion, dem Stadtrat und den zugehörigen Abteilungen ganz herzlich für die Beantwortung des Postulats.

Im Postulat wollten sie abgeklärt haben, wie die Historische Gesellschaft am besten entlastet werden könnte. Zum einen finanziell, zum anderen aber auch personell.

Von ihrer Seite aus sei die Idee von einem Kostendach da gewesen. Das zusammen mit einer Leistungsvereinbarung, worin beispielsweise projektbezogene Verpflichtungen von Teilzeitkuratoren ermöglicht worden wären. Die Beantwortung vom Postulat ziele aber vor allem auf das Raumproblem ab, wie Philipp Kutter das vorher schon ausgeführt habe. Es sei sicherlich sinnvoll Raumabklärungen durchzuführen, aber es beantworte ihre Fragen nicht ganz. Sie würden es bevorzugen, wenn man zusätzliche Ressourcen in spannende Ausstellungen investieren würde, anstatt in bleibenden Räumlichkeiten. Auf jeden Fall müsse der

Stadtrat dafür sorgen, dass das Engagement von der Historischen Gesellschaft honoriert und sinnvoll unterstützt werde. Sie hätten sich ein bisschen mehr Kreativität vom Stadtrat gewünscht. Wie man aus ihrer Ausführung feststellen könne, sei man zwar für das Abschreiben von dem Postulat, sei aber insgesamt mit der Beantwortung nur mässig zufrieden.

Darum erwarten sie vom Stadtrat auf jeden Fall, dass sie zusammen mit der Historischen Gesellschaft einen guten Weg finden, weiterhin so spannende und erfolgreiche Ausstellungen auf die Beine zu stellen.

**Das Postulat der EVP/EDU-Fraktion, vom 12. Juli 2010, überwiesen am 6. September 2010, betreffend Pflege des kulturellen Erbes Wädenswil gilt als erledigt und wird antragsgemäss abgeschrieben.**

16.13.00

**8. Postulat der GRPK des Gemeinderats Wädenswil, vom 15. Juni 2010, überwiesen am 12. Juli 2010, betreffend flächendeckender Einführung von NPM der Wädenswiler Verwaltung; Beantwortung**

**Stadtrat Finanzen Paul Rota**, teilt mit, dass der Rat den ausführlichen Bericht dazu erhalten habe. Er hoffe es sei genügend ausführlich gewesen, dass der Rat die Gedankengänge des Stadtrats nachvollziehen könne.

Aufgrund der doch bereits 13-jährigen Erfahrungen in verschiedenen Bereichen, sei der Stadtrat überzeugt, dass man per Saldo von einer positiven Bilanz spreche. Die Philosophie des NPM sei in verschiedenen Bereichen bereits anhand von diversen Ansprüchen pragmatisch umgesetzt worden. Man habe also kein Exzess damit betrieben. Es werden gewisse Leistungen in den Mittelpunkt gestellt und auch ein gewisses unternehmerisches Wirken damit ermöglicht. Dies sei im positiven Sinne genutzt und umgesetzt worden. Die doch langjährige und gute Erfahrung habe ihnen gezeigt, dass es an der Zeit sei, dies flächendeckend umzusetzen. Denn die Zweigleisigkeiten, auf der einen Seite mit der traditionelle Rechnungslegung und dem NPM soll ein Ende haben. Damit komme aber auch die Stunde der Wahrheit für alle von uns.

Der Stadtrat sei bereit, die Einführung – frühestens im Jahr 2013 möglich – mit der GRPK abzusprechen und zu verhandeln. Diese Veränderung werde aber nicht nur Vorteile mit sich bringen, das seien sie sich auch bewusst. Letztlich müsse aber der Gemeinderat entscheiden.

Der Stadtrat sei bereit, mit der GRPK und ihrer Präsidentin um eine gute Lösung bestrebt zu sein. Daher bitte er den Rat das Postulat abzuschreiben.

**Präsidentin der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, Christian Zurfluh Fraefel**, führt aus, dass sich die GRPK für den Bericht bedanke.

Zur GRPK-Tätigkeit ein paar grundsätzliche Gedanken:

Es handle sich bei der GRPK wohl nicht um die Kommission mit dem grössten Zulauf. Viel mehr erscheine sie als heisse Kartoffel, die gerne weitergereicht werde. Dass es so sei, könne darauf zurückgeführt werden, dass es sich dabei um eine arbeitsintensive Tätigkeit handle, die gar nicht so klar und übersichtlich sei. Vor allem am Anfang stehe man oft vor einem grossen Irrgarten. Wenn nicht alle Abteilungen gleich aufgebaut seien, sprich mit oder ohne NPM, sei es eine grosse Herausforderung den richtigen Überblick zu erhalten. Ganz zu schweigen von der eigentlichen Konditionstätigkeit wie zum Beispiel die Kontrolle von Budget und Rechnung. Sie mache sich da nichts vor, in dieser Zeit seien sie von der GRPK für alle ein mühsames und unbequemes Übel. Auf der einen Seite verständlich, wenn die Verantwortlichen alle paar Jahre die gleichen Fragen beantworten müssen. Hätte man ein einheitliches System, wäre es vor allem für neue GRPK-Mitglieder einfacher den Einstieg zu finden.

Bei den NPM-Indikatoren oder "Standards" sei ihnen aufgefallen, dass es sich oft um schwammige, nicht klar lesbare Ziele handle. Das ganze NPM-System sei unglaublich träge und es tun sich offensichtlich auch andere schwer damit. Dies sei mit ein Grund, wieso es seine Zeit brauche. Bevor man hier allenfalls an externe Berater heran trete, sollen die jeweiligen Stadträte mit ihren Abteilungen Vorschläge einbringen können.

Sie seien überzeugt, dass die Diskussionen zu Detailkonti nur dann auf ein Minimum beschränkt werden können, wenn die Indikatoren sinnvoll und klar messbar seien. Sie begrüssen darum die Ansicht des Stadtrats und hoffen sehr, dass er das an die Hand nehme und möglichst rasch mit Terminvorschlägen an die GRPK gelange.

**Das Postulat der GRPK des Gemeinderats Wädenswil, vom 15. Juni 2010, überwiesen am 12. Juli 2010, betreffend flächendeckender Einführung von NPM der Wädenswiler Verwaltung gilt als erledigt und wird antragsgemäss abgeschrieben.**

19.03/28.03.10

**9. Postulat der SVP-Fraktion, vom 14. Januar 2007, überwiesen am 16. April 2007, aufrechterhalten am 7. September 2009, betreffend Badewasserqualität Bachgadenweiher; Beantwortung**

**Stadtrat Sicherheit und Gesundheit Thomas Largiadèr**, erklärt, wie der Gemeinderatspräsident bereits erwähnt habe, sei dieses Postulat vor gut zwei Jahren mit einem Stichtescheid vom damaligen Präsidenten aufrechterhalten worden. Der Stadtrat habe das als Auftrag gesehen, den Bachgadenweiher als sogenannten Badeweiher zu erhalten. Man habe im Frühling 2010 mit grosser Unterstützung des Zivilschutzes den Weiher saniert, die Wiesen geputzt und neue Feuerstellen errichtet. Er denke, man habe damit einen grossen Erfolg erreichen können, man habe nun einen attraktiven Badeweiher im Berg.

Er könne alle im Rat einladen, sofern man noch nicht war, an einem Sommertag den Bachgadenweiher zu besuchen. Der Erfolg gebe dem Stadtrat Recht. Es sei natürlich nicht ganz gratis gewesen aber der Stadtrat sei der Ansicht, dass sich der Aufwand hier gelohnt habe.

**Sandy Bossert, SVP**, möchte sich beim Stadtrat für die Beantwortung, aber vor allem für die Wiederbelebung des Bachgadenweiher bedanken. Als Treffpunkt im Sommer sei der Weiher nicht nur bei der Berg-Bevölkerung beliebt. Sie sei dieses Jahr oft mit ihren Kindern beim Bachgadenweiher gewesen und sei nie alleine gewesen. Die momentanen Kosten sollen das Aufrechterhalten eines so schönen Weiher rechtfertigen.

Sie danke nochmals im Namen der SVP und der Berg-Bevölkerung von Wädenswil.

**Das Postulat der SVP-Fraktion, vom 14. Januar 2007, überwiesen am 16. April 2007, aufrechterhalten am 7. September 2009, betreffend Badewasserqualität Bachgadenweiher gilt als erledigt und wird antragsgemäss abgeschrieben.**

06.03.01

#### **10. Einbürgerungen:**

**BERISHA Shaqir**, geb. 14. April 1983 in Prishtine (Kosovo), ledig, kosovarischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Au-Wädenswil, Stoffelstrasse 2

Einbürgerungsgebühr	Fr. 1'500
Referent im Gemeinderat	Erich Schärer

**HANBERG Ole**, geb. 28. Januar 1950 in Holbaek (Dänemark), dänischer Staatsangehöriger, mit seiner Ehefrau **Monika Urszula, geb. Bartynska**, geb. 23. August 1974 in Tyczyn (Polen), polnische Staatsangehörige, und ihren Söhnen **Emile**, geb. 28. März 2006 in Horgen ZH und **Matti**, geb. 28. Februar 2008 in Horgen ZH, beide dänische Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Neudorfstrasse 39

Einbürgerungsgebühr	Fr. 1'500
Referent im Gemeinderat	Thomas Hartmann

**MORAD Ahmed Abdel-Sayed Mohamed**, geb. 30. Juni 1973 in Sharkia (Ägypten), verheiratet (mit Hegab, Rasha, in dieses Einbürgerungsverfahren nicht mit einbezogen), ägyptischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wädenswil, Tannstrasse 2

Einbürgerungsgebühr	Fr. 1'500
Referent im Gemeinderat	Ivo Peyer

**BEHRENS Dietrich Bernhard Arthur**, geb. 7. Oktober 1957 in Varel (Deutschland), ledig, mit seiner Tochter **Palina Ava Mafalda VERGIN**, geb. 20. August 2011 in Zürich ZH, deutsche Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Gerenholzstrasse 5

Einbürgerungsgebühr Fr. 1'500  
Referent im Gemeinderat Erich Schärer

**EIBL Dieter**, geb. 15. Oktober 1957 in Bad Frankenhausen/Kyffhäuser (Deutschland), mit seiner Ehefrau **Regine Brigitte, geb. Schindler**, geb. 9. Mai 1964 in Meiningen (Deutschland), deutsche Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Gulmenstrasse 5a

Einbürgerungsgebühr Fr. 1'500  
Referent im Gemeinderat Andreas Gut

**KAJTAZI Tefik**, geb. 6. Januar 1980 in Shillovë-Gjilan (Kosovo), ledig, kosovarischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Au-Wädenswil, Seeguetstrasse 17

Einbürgerungsgebühr Fr. 1'500  
Referent im Gemeinderat Ivo Peyer

**REHO Paolo Antonio**, geb. 15. Juni 1963 in Ugento (Italien), mit seiner Ehefrau **Letizia, geb. Di Rosa**, geb. 1. März 1966 in Wädenswil ZH, italienische Staatsangehörige, wohnhaft in Au-Wädenswil, Zopfstrasse 20

Einbürgerungsgebühr Fr. 1'500  
Referent im Gemeinderat Ivo Peyer

\*\*\*

**Gegen die formelle Abwicklung der Ratsgeschäfte werden auf Anfrage des Gemeinderatspräsidenten Tobias Mani keine Einwände erhoben.**

\*\*\*

Simona Truttmann, Sekretärin-Stv (Protokoll)